SPD-Information

für
Bad Bramstedt,
Bimöhlen,
Hitzhusen,
Weddelbrook
und Mönkloh

RUND UM DEN ROLAND

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser

Wie viele andere ...
wünschen auch wir Ihnen ein frohes, neues und gesundes Jahr 1977.

Vielleicht haben Sie sich schon gewundert, daß von der SPD zum Jahreswechsel keine Anzeige in der Zeitung war. Doch so reichlich sind wir nicht mit Geld gesegnet. Die 50 oder 60 Mark, die solch eine Anzeige kostet, stecken wir lieber in diese Zeitung. So haben Sie neben unseren guten Wünschen auch gleich noch viel Information. Doch was helfen alle guten Wünsche, wenn die Politiker einem den Jahreswechsel z.T. ein bißchen versauern. Nicht zuletzt auch die der SPD: siehe Rentenfrage. Doch auch die Kommunalpolitiker können das ganz gut, davon soll in unserer Zeitung die Rede sein.

Das unsere Zeitung für einige Unruhe in Bad Bramstedt sorgt, ist Ihnen, sofern Sie die Bramstedter Nachrichten lesen, sicherlich auch schon aufgefallen. Nach jeder Ausgabe sah sich die CDU genötigt, eine Presseerklärung herauszugeben und alles abzuwiegeln. Nur - bisher hat die CDU uns noch nichts widerlegen können. Das einizige, was sie konnten, war mit Unterstellungen und falschen Behauptungen zu reagieren. Naja - besser als gar nichts. Wir wollen auch weiterhin für etwas Unruhe sorgen. Denn Unruhe bringt Bewegung und Bewegung uns alle voran.

In diesem Sinne
Ihre Redaktion

Ausgabe Nr. 1/77 **2. Jahrgang/Jan. 77**

Die „Dummen" müssen zahlen

CDU setzt „alte neue" Abgabensatzung durch

Mit ihrer absoluten Mehrheit setzte die CDU in Bad Bramstedt gegen SPD und FDP eine Satzung über Abgaben wegen Änderung der Gemeindeverhältnisse durch. Dies ist bereits die zweite Satzung dieser Art in den letzten 6 Jahren. Die alte Satzung hatte in vielen Prozessen den rechtlichen Erfordernissen nicht standhalten können. In anderen Orten z.B. Eutin hat man darum entsprechende Satzungen aufgehoben und ist z.T. sogar darangegangen gezahlte Beträge an die betroffenen Bürger zurückzuerstatten.

Die Satzung sieht, wie schon die alte vor, daß Bauherrn Abgaben an die Stadt zahlen, wiel durch den neu geschaffenen Wohnraum und den Bewohnern der Stadt Belastungen entstehen. Darunter versteht man z.B. den Bau von Schulraum, Sportanlagen u.a.m. Die Rechtsprechung besagt jedoch, daß diese Abgaben nur von Wachstumsgemeinden (also Gemeinden mit überproportionalem Bevölkerungswachstum) verlangt werden können und nicht für Erweiterungsmaßnahmen verwendet werden dürfen. Die CDU meinte, daß Bad Bramstedt diese Voraussetzungen erfülle, obwohl sie die 1970 angenommenen Entwicklungszahlen schon hat zurücknehmen müssen (danach sollten 1976 bereits 11.000 Einwohner in Bad Bramstedt leben.) Außerdem, so die CDU, sei Bad Bramstedt nicht in der Lage die Beträge zurückzuzahlen.

Die FDP bezweifelte, daß es sich bei den in der Satzung genannten Maßnahmen nicht bloß um Erweiterungsmaßnahmen handele.

Binzus lehnt ab

Der SPD-Ortsvorsitzende Gerhard Binzus brachte grundsätzliche Kritik an der Satzung an. Binzus fragte, ob diese Satzung mit dem im Grundgesetz Art. 11 garantierten Freizügigkeit vereinbar sei. Er wies daraufhin, daß solche Abgaben die freie Wohnortwahl einschränken, da sie nur in Schleswig-Holstein und auch hier nicht in allen Orten verlangt würden.

Zu bezweifeln sei auch, so Binzus, ob die Abgaben überhaupt gerechtfertigt seien. Denn wer in Bad Bramstedt wohne trage schon durch seine Steuern zu den allgemeinen Lasten bei. Wenn man der Logik der CDU folge, müsse man jedem, der aus Bad Bramstedt wegzieht, einen Betrag wegen Entlastung der Gemeindeverhältnisse mitgeben. Dies sei jedoch nicht vorgesehen.

Keine Gleichbehandlung

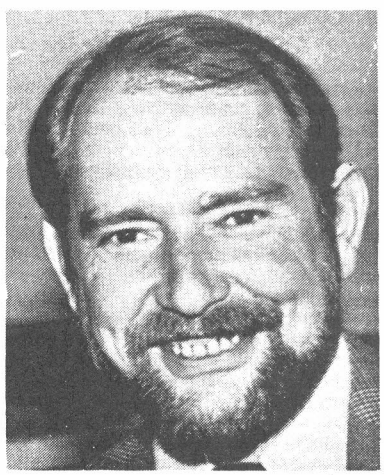
Eine große Ungerechtigkeit besteht nach dem SPD-Fraktionschef auch darin, daß die Bauherren praktisch in drei Gruppen geteilt werden und zwar
-diejenigen, die im Glauben an die Richtigkeit der Satzung ihre Abgaben gezahlt haben.
-diejenigen, die gegen die Satzung prozessieren und höchstwahrscheinlich nicht zahlen müssen.
- diejenigen, denen diese Abgaben per Kaufvertrag für das Grundstück aufgedrückt werden.

Durch die neue Satzung entstehe außerdem die paradoxe Situation, daß von den Bauherren nach beiden Satzungen unterschiedliche Abgaben verlangt werden. Die Dummen sind also diejenigen, die im Glauben an den Staat nicht prozessiert haben.

Herr Bornhöft (CDU) ließ sich denn auch zu der eher zynischen als witzigen Randbemerkung hinreißen, daß es ihm als Anwalt nur Recht sei, wenn die Bürger einen Prozeß führen. - Doch wer hat schon das Geld dazu, wenn man gerade ein Haus baut.

So sieht also die CDU-Politik aus, es wird auf das Vertrauen der Bürger gebaut. Man hat gar kein tiefes Interesse daran, ob man alles richtig macht - sollen die Bürger doch vor Gericht gehen. Und wer's nicht kann oder tut, soll sehen wo er bleibt. Hinzu kommt, daß dies die gleiche CDU ist, die der Köhlerhof KG über eine halbe Million Schulden erlassen hat, während sie Bramstedter Bauherren ca. 1 Million an solch zweifelhaften Abgaben aus der Tasche gezogen hat.

Man kann nur hoffen, daß die Bramstedter Bürger diese Vorkommnisse bis zur Kommunalwahl 1978 nicht vergessen haben. Diese CDU hat es garantiert nicht verdient, daß sie je wieder die absolute Mehrheit bekommt und tun und lassen kann, was sie will.



Günther Heyenn für die SPD in Bonn

Ich danke Ihnen recht herzlich für das mir am 3. Oktober entgegengebrachte Vertrauen. Ich werde alles tun,um dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Mit freundlichem Gruß
Ihr

„Also was ist: Entweder 1000 Mark als Abgabe oder als Anwaltskosten!"

Wir stellen vor

Kennen Sie Gerhard Binzus? Ja?! Einige werden sicherlich wissen, daß er Biochemiker in der Rheumaklinik ist und viele kennen ihn als SPD-Ortsvorsitzenden und SPD-Fraktionssprecher im Bramstedter Stadtparlament. Doch das ist natürlich nicht alles, was man wissen sollte.

Gerhard Binzus wurde 1932 als dritter Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Diese Familie war traditionell politisch engagiert und antifaschistisch eingestellt. Daher lernte Gerhard Binzus schon in früher Jugend die Verfolgung durch das NS-Regime kennen die auch vor dieser Familie nicht Halt machte und ihre Opfer forderte. Nachdem die Familie zwischenzeitlich Berlin verlassen hatte, kam sie mit den Flüchtlingen aus dem Osten zurück nach Mitteldeutschland. Doch auch hier wurde er von den neuen Machthabern nicht in Ruhe gelassen und flüchtete 1952 nach West-Berlin, wo man ihn als politischen Flüchtling anerkannte. Diese Erfahrungen haben Gerhard Binzus geprägt und aus ihm einen überzeugten Demokraten gemacht, der auf jegliche Art von Unrecht heftig und engagiert reagiert.

Binzus erlernte nun den Beruf des Fernoptikers und studierte anschließend in dieser Fachrichtung. An zahlreichen Erfindungen und Entwicklungen der Medizintechnik war er maßgeblich beteiligt. Heute ist er als international anerkannter Biochemiker in der Rheumaforschung tätig. Bei vielen (Berufs-)Reisen konnte er seinen wissenschaftlichen und politischen Horizont erheblich erweitern. Zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen tragen seinen Namen und haben ihm Anerkennung gebracht. So ist er seit langem Ehrenmitglied der Rheumaliga und seit 1975 Filmpreisträger der Ärztekammer.

Seit 1958 ist Gerhard Binzus verheiratet. Er hat einen Sohn und eine Tochter. In Bad Bramstedt ließ er sich 1965 nieder und arbeitet seitdem in der Rheumaheilstätte in der Forschungsabteilung.

Ein Jahr Jahr später trat er dem hiesigen Ortsverein der SPD bei. Er sah und sieht sein politisches Tätigkeitsfeld in der Kommunalpolitik und dabei insbesondere der Finanzen. Er ist der Überzeugung, daß man eine vernünftige Ausgabenpolitik ohne Schuldenmacherei betreiben sollte. Seiner Ansicht nach darf man nicht über seine Verhältnisse leben, wenn man nicht die eigene und die Zukunft unserer Jugend gefährden will.

1971 wählte ihn der Ortsverein zu seinem Vorsitzenden, nachdem er dem Vorstand schon seit 1967 angehörte.

In der Kommunalpolitik war Gerhard binzus von 1970 - 74 als bürgerliches Mitglied in mehreren Ausschüssen tätig. Auf seine Initiative hin wurde der Sonderausschuß Stadtentwicklung gegründet, der in der Folgezeit den Flächennutzungsplan für Bad Bramstedt erarbeitete. Außerdem wurde er insbesondere bei dem Klärwerkproblem als Wissenschaftler tätig. Bei der Kommunalwahl 1974 wurde er zum Stadtverordneten gewählt und ist seitdem Fraktionssprecher der SPD, Mitglied des Finanzausschusses, des Nachbarschaftsausschusses und des Flughafen-Sonderausschusses.

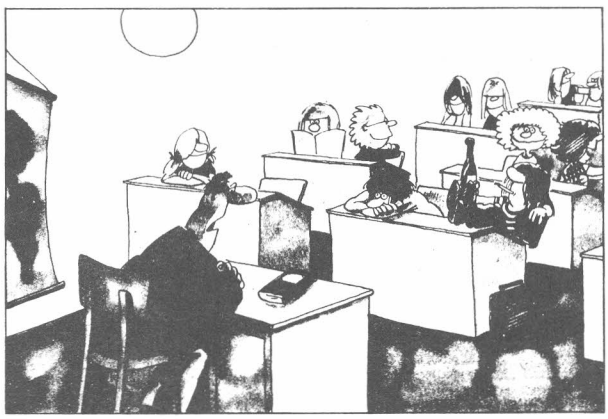
In seiner Freizeit liebt er gute Musik und das Schauspiel, beschäftigt sich mit der Astronomie und ist ein leidenschaftlicher Hochseesegler.

Politisch wünscht er sich von seinen Mitbürgern eine stärkere und aktivere Beteiligung an der Arbeit zu Lösung von Gemeinschaftsaufgaben.

Kaufen Sie die BRD!

Parolen wie Verstaatlichung und staatliche Investitionslenkung sind der FDP nicht geheuer. Deshalb hat sie sich eine Alternative einfallen lassen: Die Privatisierung einer Reihe von öffentlichen Betrieben soll diese – und damit den Staat – aus den roten Zahlen retten. – Wenn Sie gleich anfangen, fleißig zu sparen, können Sie sich vielleicht auch bald ein Stück Bundesrepublik kaufen!

„Ich hab' einen Brief für Sie. Was ist er Ihnen denn wert?"

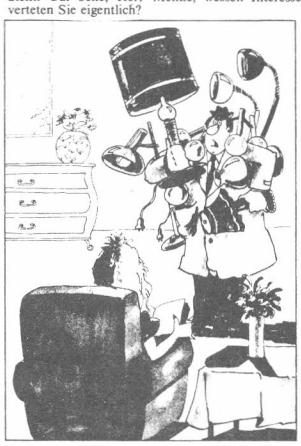


„Was soll das heißen: ‚Diese Schule gehört seit gestern meinem Vater'?"

Cui bene

Wenn die alten Römer von irgendeiner großen Schiebung oder einem Skandal erfuhren, pflegten sie zu fragen cui bene (wem nützt es). Bei eifrigen Nachforschungen hatte man die Übeltäter bald gefunden. Der Kreisvorsitzende der CDU Herr Menke, fordert jetzt die Umwandlung des Krankenhauses Kaltenkirchen in eine GmbH. Ein Krankenhaus, welches der Allgemeinheit dient soll in ein Unternehmen umgewandelt werden, das dem Gewinn dient. Cui bene, Herr Menke, wessen Interessen verteten Sie eigentlich?

„Na, bitte! Nachdem der Öffentliche Dienst nur noch Mist macht, sollen wir Unternehmer anpacken. Da sollen uns die Jusos aber erstmal auf Knien bitten!"



„Um ans Stromnetz angeschlossen zu werden, muß man jetzt erst 12 Lampen kaufen!"

„Erst das Geld bar auf die Hand, dann Wasser - verstanden?!"

Neues vom Köhlerhof

Um es im Vorwege zu sagen, unser Artikel in der letzten Ausgabe hat nichts bewirkt. Die Stadt Bad Bramstedt hat den Vertrag mit der Köhlerhof KG geschlossen und verzichtet damit auf über 500.000 DM. Der Köhlerhof braucht jetzt nur noch ca. 250.000 DM zu zahlen, davon sind mittlerweile die ersten 100.000 DM eingetroffen. Der Restbetrag soll jeweils zum Jahresende in Raten von 50.000 DM gezahlt werden.

Doch die Stadt hat dem Köhlerhof zum Jahresende gleich ein neues Geschenk aus dem Stadtsäckel gemacht. Sie finanzierte den größten Teil der Brücke über die Hudau, zu deren Errichtung die Köhlerhof KG verpflichtet war. Die Köhlerhof KG bezahlte 4.000 DM, die Bramstedter Bürger 6.000 DM

Die Stadtverordneten, insbesondere die der CDU müssen sich fragen lassen, wielange sie noch für den Köhlerhof zahlen wollen. Doch es öist ja nicht ihr Geld sondern das der Steuerzahler, das hier regelrecht verpulvert wird, damit die vermögenden Gesellschafter der Köhlerhofgesellschaften ihre Schäfchen ins Trockene bringen können. Sicherlich spielt hier der CDU-Sozialismus eine Rolle: Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert.

Haben Sie ...

...schon einmal darüber nachgedacht, was geschehen wäre, wenn man, wie ursprünglich geplant, das Bramstedter Krankenhaus zum 1. Juli 1975 geschlossen hätte ?

Haben Sie sich auch einmal vorgestellt, was gewesen wäre, wenn man, wie schon damals im Gespräch, in dem Haus ein Ärztezentrum (Gemeinschaftspraxis) eingerichtet hätte? Nun - man kann sicherlich nicht annehmen, daß wir dann sehr viel mehr Ärzte in Bad Bramstedt gehabt hätten. Aber man kann der Ansicht sein, daß dann die Gemeinschaftspraxis im Landweg nicht zustande gekommen wäre.

Richtig ist, daß diese Gemeinschaftspraxis nichts schlechtes ist, im Gegenteil sogar sehr gut für unsere Stadt.

Doch haben Sie sich auch überlegt, daß das genannte Haus von einem aus der Kommunalpolitik bekannten Rechtsanwalt miterbaut worden ist? Und wußten Sie schon, daß dieser Herr und seine mit absoluter Mehrheit in Bad Bramstedt herrschenden Partei ein entscheidendes Wort bei der Weiterwerwendung des Krankenhauses mitzureden haben?

Es wird dies alles wohl Zufall sein und Ärzte sind zahlungskräftige Mieter.

Jugendzentrum

- die Mühlen der Demokratie mahlen langsam

Während im Jugendzentrum selbst allmählich Fortschritte gemacht werden, konnten SPD Mitglieder schwerwiegende Nachlässigkeiten bei der Finanzierung des Hauses aufdecken.

Die Stadt Bad Bramstedt hat für den Umbau und Erwerb des Hauses weder Zonenrandgebietmittel noch Landesmittel beantragt. Der Zuschuß des Kreises in Höhe von 50.000 DM ist aufgrund der langsamen Ausführung der Baumaßnahmen in Gefahr.

Dies alles ließe sich noch entschuldigen, wenn nicht die Verantwortlichen auf diese Dinge aufmerksam gemacht worden wären. Schon 1975 ist dies geschehen. Damals fragte das bürgerliche SPD-Mitglied im Kulturausschuß, Jan-Uwe Schadendorf, den damaligen Bürgermeister Endrikat, ob man für die Baumaßnahmen Zonenrandgebiet und/oder Landesmittel erhalten könnte. Bürgermeister Endrikat verneinte diese Frage. Damit schien die Sache erledigt. Doch in den letzten Wochen des Jahres 1976 kam das Gegenteil ans Licht. Sowohl Lentföhrden als auch Alveslohe haben für ihre Jugendheime Zonenrandgebiets- und Landesmittel erhalten. Diese Mittel deckten jeweils fast 50 % der Baukosten. Jetzt endlich wachte man auch in Bad Bramstedt auf und erkundigte sich auf Vorschlag der SPD nach solchen Mitteln.

Kreiszuschuß in Gefahr?

In mehreren Kulturausschußsitzungen und auf öffentlichen Versammlungen erkundigte sich Jan-Uwe Schadendorf, ob dieser Zuschuß an Auflagen gebunden sei. Einzige Auskunft: das Haus muß für die offene Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Eine zeitliche Beschränkung für die Durchführung gäbe es nicht bzw. sei nicht von Bedeutung. (So Herr Bornhöft am 2.10.1975 anläßlich der Jahreshauptversammlung der Aktion Jugendzentrum) und am 2.9.1976 anläßlich einer Podiumsdiskussion). Erst im November 1976 gab ein Beamter der Stadt die konkrete Auskunft, daß es eine Frist gibt und diese bald abgelaufen sei. Wenn man bis dahin die bezuschußten Baumaßnahmen nicht durchgeführt habe, könne der Kreis den Zuschuß zurückverlangen. Nun heißt es also das Geld mit Gewalt auszugeben, ob sinnvoll oder nicht. Ursprünglich sollte es für den Ausbau des Bodens verwendet werden.

Damit ist auch schon das Stichwort für die dritte (aber nicht letzte), man muß wohl Schlamperei sagen, gegeben.

„Lange Leitung"

Schon vor dem Erwerb des Hauses hatte die Aktion Jugendzentrum, daß sie diesem Hause nur zustimme, wenn auch der Boden genutzt werden könne. Die Stadt erwarb das Haus jedoch ohne eine statische Überprüfung der Belastbarkeit des Bodens. Man setzte den Bodenausbau dann zwar auf die Liste der vom Kreis zu bezuschußenden Maßnahmen, einen Bauantrag stellte man jedoch nicht. Auch als im Herbst 1975 die Initiativgruppe Jugendzentrum, die wesentlich die Gestaltung des Hauses übernommen hatte, in freiwilliger Leistung große Teile des Bodenausbaus übernehmen wollte, wurde noch kein Bauantrag gestellt. Ebenso gab es immer noch keine statische Überprüfung (1 1/2 Jahre nach dem Erwerb).

Erst als der Magistrat vom (nach langen Wehen) neuen Sozialarbeiter bestätigt bekam, was viele schon seit Jahren sagten, daß das Haus so zu klein sei, beschloß man den Bodenausbau und ein Bauantrag wurde losgeschickt (2 1/2 Jahre nach dem Erwerb). Doch hiergegen erhoben sich auch von Seiten des Sozialarbeiters Bedenken, da der Boden nur beschränkt zu nutzen sei. Sinnvoller sei ein Anbau an das Gebäude.

Damit war das Dilemma perfekt, denn der Magistrat erklärte in der Presse, daß so ein Anbau zu teuer sei. (Übrigens hatte schon die Aktion Jugendzentrum Anfang 1974 solch einen Anbau vorgeschlagen). Doch der Magistrat hatte die Finanzierungsquellen Zonenrandgebietförderung sowie Landesmittel nicht berücksichtigt. So steht man also wieder wie vor Jahren da, bis auf die Tatsache, daß der Kreis demnächst seinen Zuschuß zurückverlangen kann.

Man mag sich gar nicht vorstellen, wie es heute ums Jugendzentrum aussehen würde, wenn sich neben der Aktion Jugendzentrum und der Initiativgruppe die SPD nicht immer wieder eingesetzt hätte. Doch diesen Punkt vergessen CDU und FDP geflissentlich, wenn sie ihre großartigen Bilanzen für das Jahr 1976 ziehen. Dabei scheint es für Bad Bramstedt viel wichtiger zu sein, zu wissen was nicht getan worden ist, anstatt dessen was getan wurde.

Bürgersprechstunde

mit dem Bundestagsabgeordneten Günther Heyenn SPD und mit SPD Kommunalpolitiker aus Bad Bramstedt.

Der am 3. Oktober gewählte Bundestagsabgeordnete Günther Heyenn plant zusammen mit dem SPD Ortsverein Bad Bramstedt am 9.3.1977 eine **Bürgersprechstunde.** Jeder interessierte Bürger kann seine Anliegen **unter vier Augen** dem Bundestagsabgeordneten oder wenn es sich um kommunale Angelegenheiten handelt, einem Stadtverordneten der SPD unterbreiten.

Genauer Zeitpunkt sowie den Ort der Sprechstunde erfolgt rechtzeitig in der örtlichen Presse.

War Klaus Bornhöft befangen?

War Claus Bornhöft bei der Abstimmung über den Vergleichsvertrag mit dem Köhlerhof befangen? Diese Frage wirft sich auf, wenn man die offiziellen Handelsregisterakten beim Amtsgericht einsieht. Dort kann man nämlich feststellen, daß Herr Bornhöft seit April 1975 als Notar für die Verwaltungsgesellschaft Hudau mbH und den zugehörigen Kommanditgesellschaften tätig war. Eine dieser Gesellschaften, die Verw. ges. Hudau mbH & Co Beteiligungs-KG, ist in dem Vergleichsvertrag mit der Stadt als Bürgin aufgetreten.

So werden jetzt die Stadtverordneten und evtl. die Kommunalaufsichtsbehörde zu prüfen haben, ob Claus Bornhöfts notarielle Tätigkeit ein Befangenheitsgrund war. Bornhöft selbst sollte ferner klären, ob er in der fraglichen Zeit schon als Rechtsanwalt für eine der Gesellschaften gearbeitet hat; denn in diesem Falle wäre er mit Sicherheit befangen gewesen. Diese Frage ist von entscheidender Bedeutung, da dann die Abstimmung über den Vergleichsvertrag wiederholt werden müßte. Wie wir aus Kreisen des Köhlerhofes gehört haben, ist Bornhöft mit Sicherheit seit Ende 1976 als Anwalt für eine der Gesellschaften tätig. Die Vermengung von Geschäftsinteresse und Politik erscheint uns hier in greifbare Nähe gerückt.

Altentagesstätte

Die Altentagesstätte macht weitere Fortschritte. Im neuen Haushalt der Stadt sind weitere 5.000 DM für die Herrichtung bereitgestellt worden. Rudolf Krumlinde (SPD) hat dem Kulturausschuß der Stadt einen Ausbauplan vorgelegt, dem weitgehend entsprochen werden wird.

Wann die Eröffnung dieser Einrichtung stattfinden wird, steht heute noch nicht fest. Zur Zeit sind auch noch Verhandlungen mit den städtischen Vereinen imgange, die bisher die Räume zeitweise genutzt haben und auch weiterhin nutzen sollen. Außerdem besteht noch ein kleines Problem: Wie soll diese Einrichtung heißen: Altentagesstätte, Altenbegegnungsstätte, Bürgertreffpunkt oder wie auch immer. Hauptsache ist wohl: das Angebot wird genutzt werden.

Fußgängerampel Liethberg

In sehr kurzer Zeit konnte die Bürgerinitiative „Fußgängerampel Liethberg" eines ihrer Ziele erreichen. Am Liethberg steht seit einigen Wochen die geforderte Lichtzeichenanlage. Zu diesem Erfolg gratuliert unsere Zeitung.

Gleichzeitig möchten wir der Bürgerinitiative jedoch empfehlen, sich nicht eher aufzulösen als bis alle ihre Forderungen verwirklicht sind. Denn auf einem versprochenen Bürgersteig kann man nicht gehen. Wir hoffen, daß diese Bürgerinitiative auch weiterhin bessere Erfahrungen mit den Parteien und Verwaltungen macht als es beispielsweise die Aktion Jugendzentrum getan hat.

Es grünt so grün

Im Frühjahr wird es in Bad Bramstedt grüner werden. Auf dem Bleeck und Kirchenbleeck wurden zum Jahresende eine ganze Reihe von Bäumen und Sträuchern gepflanzt. Die SPD und mit ihr viele Bramstedter Bürger haben dies mit großer Befriedigung festgestellt.

Sogar der Osterau, die man vor einigen Jahren an der Beeckerbrücke radikal gerodet hatte, gönnten die Gärtner einige Bäume. Damit wird Bramstedts Zentrum sicherlich erheblich (wieder) gewinnen. Man kann sich nur wünschen, daß diese Begrünung anhält und man sich auch für den Landweg und Maienbeeck etwas Ähnliches einfallen läßt.

Wir von „Rund um den Roland" hoffen, daß sich im Frühjahr auch der Umweltschutzexperte der CDU, Herr Ebeling, an den Bäumen am Bleeck freuen wird - waren ihm diese 7 Bäumchen lt. Bramstedter Nachrichten doch einfach schon zuviel.

Den Privatpersonen helfen

Wegen der Umwandlung der Rheumaheilstätte in eine Rheumaklinik und dem allgemeinen Rückgang an Kuraufenthalten, wird die Belegung von Privatbetten in Bad Bramstedt in den nächsten Jahren zurückgehen. Um dennoch diesen Vermietern zu helfen, gibt es nur die Möglichkeit, Bramstedter mehr als bisher als Kur- und Erholungsort bekannt zu machen. Das bedeutet aber auch, daß man attraktive Angebote in der Stadt schafft. Diese Dinge werden die Stadtverordneten in den nächsten Jahren sicher einiges Kopfzerbrechen bereiten.

Die CDU dieses Ortes tat sich denn auch unlängst hervor: sie will mit den privaten Vermietern das Gespräch suchen - ein lobenswertes Vorhaben.

Doch sollten sich die Betroffenen klar machen was die CDU will. Sie will den Flughafen Kaltenkirchen haben. Das heißt für Bad Bramstedt: vorbei mit Ruhe und einigermaßen sauberer Luft und damit das Aus für Erholungssuchende und Pensionen.

Fortsetzung Seite 4.

Günther Heyenn
Bericht aus dem Bundestag

SPD-Basis pfiff Regierung Schmidt zurück

Die ersten Arbeitstags in Bonn liegen hinter mir, wie sie wissen, habe ich sofort zusammen mit meinem schleswig-holsteinischen SPD-Kollegen bei Helmut Schmidt und Willy Brandt gegen das Verschieben der Rentenerhöhung prostestiert Das war insgesamt erfolgreich, wir hätten auch sonst als Partei unsere Glaubwürdigkeit gegenüber dem Wähler verloren. Ich fand es gut, daß Helmut Schmidt zu Beginn seiner Regierungserklärung diesen Fehler mit den Worten „eine Regierung ist nicht unfehlbar" eingestand. Er fuhr fort, „dies behaupten nur totalitäre Regierungen von sich."

Das Ergebnis der Kanzlerwahl ist von den bürgerlichen Zeitungen als schlecht herausgestellt worden. Tatsache istaber, daß bei keiner Kanzlerwahl seit 1949 ein Bundeskanzler mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als Helmut Schmidt bei dieser Wahl.

Von der zweieinhalbstündigen Regierungserklärung an dieser Stelle zu berichten, wäre kaum möglich. Friedenssicherung, Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen, sozialer Frieden und innere Sicherheit durch sozialen Ausgleich und durch liberale Rechtsstaatlichkeit, soziale Sicherung, ein wirtschaftlicheres Gesundheitswesen, bessere Chancen für junge Menschen in Bildung und Beruf und lebenswerte Städte - das sind die Schwerpunkte der Arbeit in den kommenden vier Jahren. Die Regierungserklärung wird im Januar gedruckt vorliegen. Man kann sie beim Bundespresse- und Informationsamt anfordern.

Ergebnisse der Kanzlerwahlen seit 1949

1949	erhielt	Konrad Adenauer	von möglichen 208	nur 202 Stimmen
1953	erhielt	Konrad Adenauer	von möglichen 333	nur 304 Stimmen
1957	erhielt	Konrad Adenauer	von möglichen 287	nur 274 Stimmen
1961	erhielt	Konrad Adenauer	von möglichen 309	nur 258 Stimmen
1963	erhielt	Ludwig Erhard	von möglichen 309	nur 279 Stimmen
1965	erhielt	Ludwig Erhard	von möglichen 294	nur 272 Stimmen
1966	erhielt	Kurt-Georg Kiesinger	von möglichen 447	nur 340 Stimmen
1969	erhielt	Willy Brandt	von möglichen 254	251 Stimmen
1972	erhielt	Willy Brandt	von möglichen 271	269 Stimmen
1974	erhielt	Helmut Schmidt	von 271	267 Stimmen

Impressum

„Rund um den Roland" wird herausgegeben vom Gebietsverband der SPD mit den Ortsvereinen Bad Bram stedt, Hitzhusen, Bimöhlen, Mönkloh-Weddelbrook.
Herausgeber im Sinne des Presse-Gesetzes ist der jeweilige Gebietsverbandsvorsitzende: z.Zt. Klaus Pfütze Fritz-Reuter-Str. 2, 2357 Bad Bramstedt.
Redaktion: Bärbel Koch (verantw.), Karl Jacobi, Jan-Uwe Schadendorf
Druck: Eigendruck der SPD
Auflage: z.Zt. 4.500

Fortsetzung von Seite 3

Machen Sie einmal den Test: stellen Sie einmal ein hellackiertes Auto für 2-3 Wochen in die Nähe des Fuhlsbütteler Flughafens. Sie werden sich wundern, wenn Sie anschließend versuchen, den leicht ergrauten Wagen zu waschen. Es ist jedoch kein Wunder, denn der Dreck (Treibstoffrückstände) fällt hier täglich tonnenweise vom Himmel.

Aber die CDU wird schon dafür sorgen, daß Sie nicht extra nach Fuhlsbüttel fahren müssen. Dreck wird frei Haus geliefert.

In unserer nächsten Ausgabe bringen wir mehr zum Thema „Renten". Voraussichtliches Erscheinen: Anfang April '77.

Persönliches am Rande

Franz-Josef Schulz, Gewinner unseres Kunstwerkwettbewerbes aus unserer 2. Ausgabe erhielt von uns das lesenswerte Buch von Bernt Engelmann, „Einig gegen Recht und Freiheit".

Claus Bornhöft, Rechtsanwalt und CDU-Ortsvorsitzender, scheint an Vergessenheit zu leiden. Reagierte er sehr schnell auf zwei Artikel unserer 3. Ausgabe so übersah er doch glatt den wichtigsten. Bis heute haben wir noch keine Erklärung von ihm gelesen, wie er zu der Behauptung gekommen ist, der Köhlerhof habe keine Kredite bei der Vereins- und Westbank AG Bad Bramstedt.

Peter-Kurt Würzbach CDU-MdB, Nordlicht und Bundeswehroffizier, zeigte keine Reaktion als bei der Wahl des Bramstedter Bürgermeisters sein Parteifreund Bornhöft sagte, daß gewisse Ideen nur „einem auf Gehorsam gedrillten Soldatenhirn" entspringen könnten. PKW blieb ruhig in der äußeren rechten Ecke des Schloßsaales sitzen.

Bimöhlen kurz notiert:

Bei der nächsten Gemeinderatssitzung wird Fritz Roblick (SPD) einen Antrag auf Aufstellung eines Containers für Glasabfälle und das Anbringen von Papierkörben an den Bushaltestellen einbringen.

Beim Kälteeinbruch in den letzten Dezembertagen hielt die Gemeinde es nicht für nötig, den Schnee in den Nebenstraßen zu räumen.

Die Bürger Bimöhlens sorgten dafür, daß ihre Gehwege gestreut wurden, aber der Bürgermeister sah sich auf Anfrage nicht in der Lage für alle Straßen einen Streudienst einzurichten. - Da stimmt doch etwas nicht -

An der Ecke Weiderstr./Dorfstraße staut sich das geschmolzene Schneewasser. Die Autofahrer, die diese Strecke passieren, wären dem Wegeausschuß dankbar, wenn er bald für Abhilfe sorgen würde.

Poker mit dem Bundesrat

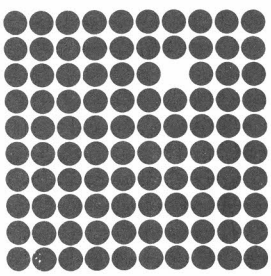
Bereits in der Wahlnacht ließen führende Männer der Union die Katze aus dem Sack und gaben zu erkennen, daß sie durch ihre Mehrheit im Bundesrat die Arbeit der sozial/liberalen Koalition blockieren würden.

Wie die Anwälte der Baader/Meinhof Bande in Stammheim das Recht strapazieren, werden die Rechtsaußen der Union Strauß und Filbinger angeheizt durch Dregger versuchen den Bundesrat umzufunktionieren. Daß Strauß dabei nicht pingelig sein wird, wissen wir seit Sonthofen und Kreuth. Hoffen wir nur, daß die Demokratie dabei nicht auf der Strecke bleibt.

Wußten Sie schon,
daß der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) in seinem Buch - Der Staat - Idee und Wirklichkeit - die Ansicht vertritt, es könnte unter Umständen „sittlich geboten sein", wenn der Staat Informationen durch die Folter erpresse.

Hierauf in einem Fernsehgespräch angesprochen erklärte Albrecht, man müsse die Entscheidung, sich in Grenzsituationen die Hände schmutzig zu machen, vor Gott und seinem Gewissen selber verantworten.

Ein Platz ist frei für Sie!



an Jan-Uwe Schadendorf, Butendoor 11, 2357 Bad Bramstedt.